

Frankfurt, den 08.08.2019

Inhalt:

- 1. Gespräche mit den Landtagsfraktionen von SPD und CDU am 7. Mai 2019 bzw. 8. Mai 2019**
- 2. Pakt für den Rechtsstaat**
- 3. Parlamentarischer Abend des DBB in Wiesbaden am 21. Mai 2019**
- 4. NIVD Frühjahrstagung vom 16. bis 17. Mai 2019 in Wiesbaden**
- 5. Fortbildung des Fördervereins für Rechtsreform und Rechtspflegerfortbildung e.V. vom 24. bis 26. Juni 2019**
- 6. Reisebericht - Fachexkursion ins Reich der Mitte**
- 7. 70 Jahre Rundbrief im BDR Hessen**
- 8. Aus den Bezirksgruppen**
 - Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Darmstadt am 21. März 2019
 - Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Marburg am 28. Mai 2019

Zu 1. – Gespräche mit den Landtagsfraktionen von SPD und CDU am 7. Mai 2019 bzw. 8. Mai 2019

Der Zufall wollte es, dass die Gespräche mit den Politikern der SPD und der CDU an zwei aufeinanderfolgenden Tagen im Wiesbadener Landtag in den jeweiligen Räumlichkeiten der Fraktionen stattfanden. Der Gesprächsreigen sollte eigentlich mit einem sogenannten Ministergespräch eröffnet werden. Die Terminfindung mit Justizministerin Kühne Hörmann gestaltete sich in diesem Jahr allerdings etwas schwierig, so dass das Ministergespräch erst nach der Sommerpause stattfinden wird. Vorweg und um Wiederholungen zu vermeiden ist zu sagen, dass die Abgeordneten beider Fraktionen

Kontakt

Lothar Dippel
Vorsitzender
E-Mail: hessen@bdr-online.de
Tel.: +49 (0) 561 564207

Postanschrift

Bund Deutscher Rechtspfleger
Landesverband Hessen e. V.
Lothar Dippel (Vorsitzender)
Parkstraße 8,
34317 Habichtswald

sich sehr interessiert und informiert zeigten. Beide Gespräche verliefen in angenehmer und offener Atmosphäre.

Der Vorstand brachte die Belastungssituation im Rechtspflegerdienst im Allgemeinen zur Sprache und schilderte im Besonderen die Probleme und extremen Belastungen, mit denen die Rechtspfleger*innen der Staatsanwaltschaften seit dem Inkrafttreten der Reform der Vermögensabschöpfung zu kämpfen haben. Eingehend erörtert wurde auch die ungünstige Beförderungssituation im Bereich A 12 und A 13 für die Rechtspfleger der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die originäre Aufgaben nach dem Rechtspflegergesetz (ohne Verwaltungsfunktion) wahrnehmen. Unter Hinweis auf die zahlreichen Übertragungen von richterlichen und staatsanwaltlichen Aufgaben und die seit Jahrzehnten unverändert gebliebene Besoldungsstruktur wurde eine Anhebung der Stellenobergrenzen nachdrücklich angemahnt.

Auch die wegen der Belastungssituation den Rechtspflegern bereits seit 2012 nicht mehr gewährte voraussetzungslose Teilzeitbeschäftigung bei gleichzeitigem Fehlen von alternativen Angeboten für ein



altersgerechtes Arbeiten wurde vom Verband heftig kritisiert. Wir haben zum Ausdruck gebracht, dass die Rahmenbedingungen im gehobenen Justizdienst nicht mehr stimmen und sich im Vergleich mit anderen Laufbahnen der Landesverwaltung deutlich verschlechtert haben. Der elektronische Rechtsverkehr, das Datenbankgrundbuch sowie die Nachwuchsgewinnung waren weitere Themen, die angeschnitten wurden. Die SPD war vertreten durch den rechtspolitischen Sprecher der Fraktion Herr MdL Gerald Kummer, Frau MdL Karina Fissmann sowie Frau MdL und Vizepräsidentin des Hessischen Landtags Heike Hofmann. Auf Seiten des Vorstands nahmen Anja Leverenz, Andreas Lang und Andreas Reichelt an dem Gespräch teil. Das Foto wurde für die Facebook-Seite der SPD aufgenommen und uns freundlicherweise überlassen.

v.l. Hofmann, Lang, Fissmann, Kummer, Leverenz, Reichelt

In der CDU-Fraktion wurden die Vorstandsmitglieder Heike Wallrabenstein, Andreas Lang und Andreas Reichelt von dem rechtspolitischen Sprecher der Fraktion Herr MdL Christian Heinz und Herrn MdL Hartmut Honka empfangen.

Zu 2. – Pakt für den Rechtsstaat

Bundeskanzlerin Merkel und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder haben sich am 31. Januar 2019 auf den "Pakt für den Rechtsstaat" geeinigt.

In dem Beschluss heißt es: „Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unterstreichen die Bedeutung des Rechtsstaats für die demokratische Gesellschaft.

Bund und Länder sind sich einig, dass Justiz und Polizei eine maßgebliche Rolle für den Erhalt des Rechtsstaats zukommt.“

Der Pakt beinhaltet unter anderem 2.000 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte, zuzüglich des dafür notwendigen Personals für den nichtrichterlichen und nichtstaatsanwaltlichen Bereich, die in dem Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2021 geschaffen werden sollen. Schwerpunkte sind die Digitalisierung und die Beschleunigung gerichtlicher Verfahren. Dafür erhalten die Länder vom Bund insgesamt 220 Millionen Euro.

Wir sind gespannt, was bei den sog. Chef-Gesprächen im Haushaltsaufstellungsverfahren für die Justiz in Hessen konkret herauskommen wird. Klar ist, dass Ministerium und OLG einen Personalaufbau quer durch alle Dienstgruppen anstreben. Eine Stellenmehrung wird seitens des BDR Hessen natürlich ausdrücklich begrüßt. Wir warnen jedoch vor vorschneller Euphorie. Das „Tal der Tränen“ ist noch längst nicht durchschritten. Denn es wird weitere Jahre dauern bis die Stellen des nichtrichterlichen Dienstes besetzt und entsprechende Nachwuchskräfte ausgebildet sind. Insbesondere aus der Abschlussprüfung 2019 kann der Personalbedarf etlicher Gerichte und Staatsanwaltschaften nur spärlichst gedeckt werden. PEBB\$Y 100 oder wie es eigentlich lauten sollte: PEBB\$Y < 100 lässt also weiter auf sich warten.

Zu 3. – Parlamentarischer Abend des DBB in Wiesbaden am 21. Mai 2019

Fast 100 Gäste konnte der Landesvorsitzende des DBB Heini Schmitt am 21.05.2019 im Mercure Hotel in Wiesbaden begrüßen. Zu den Gästen gehörten Landtagsvizepräsidentin Karin Müller, von der CDU der innenpolitische Sprecher Alexander Bauer, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die innenpolitische Sprecherin Eva Goldbach, von der SPD der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und die innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser, von der AfD der Fraktionsvorsitzende Robert Lambrou und der innenpolitische Sprecher Klaus Herrmann, von der FDP der innenpolitische Sprecher Stefan Müller und Dr. Matthias Büger sowie von DIE LINKE der innenpolitische Sprecher Hermann Schaus. Für die Landesregierung war der Staatsminister des Ministeriums des Innern und für Sport, Peter Beuth zu Gast. Für die Justiz wurde der Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. Prof. Dr. Roman Poseck begrüßt. Im Vordergrund der Veranstaltung stand wie immer der persönliche Austausch der politischen Gäste mit den Repräsentanten der DBB-Mitgliedsverbände. Für den BDR Hessen waren die stv. Vorsitzenden Heike Wallrabenstein und Andreas Reichelt anwesend.

Nachdem der hessische Landtag beschlossen hatte, die Besoldung der Beamten und die Versorgung der Versorgungsempfänger zum 1. März 2019 und 1. Februar 2020 jeweils um 3,2 Prozent und zum 1. Januar 2021 um 1,4 Prozent zu erhöhen, hob Schmitt hervor, dass dies ein gutes Signal der Landesregierung sei. Schmitt kritisierte aber in aller Deutlichkeit, dass auch mit dem verabschiedeten Gesetz die Chance vertan wurde, den Rückstand aus 2015 und 2016 aufzuholen.

Zu 4. – NIVD Frühjahrstagung vom 16. bis 17. Mai 2019 in Wiesbaden

Nur die Insolvenzrechtler unter den Lesern werden wissen, was sich hinter dem Kürzel NIVD verbirgt. Es handelt sich um die Neue Insolvenzverwaltervereinigung Deutschlands e.V. Die NIVD ist eine bundesweit organisierte Interessenvertretung für alle am Insolvenzverfahren Beteiligten, deren Ziel eine Gewinn bringende Kommunikation und eine verbesserte sowie engere Zusammenarbeit zwischen Richtern und Rechtspflegern sowie allen weiteren wesentlichen Verfahrensbeteiligten ist.

Auf der Tagung war zu erfahren, dass mit Blick auf die EU-Restrukturierungsrichtlinie in den nächsten beiden Jahren einige Gesetzesänderungen zu erwarten sind. Auch die Podiumsdiskussion beschäftigte sich im Wesentlichen mit möglichen Umsetzungsvarianten der EU-Restrukturierungsrichtlinie.

Die Ideen reichten von einem Modell wie es in Frankreich üblich ist, einem Handelsgericht, das mit Kaufleuten besetzt und auch für Insolvenzverfahren zuständig ist, über Verfahren, die komplett außergerichtlich abzuwickeln wären, bis zu der Variante, dass Gruppen-Gerichtsstände bei Konzernsachverhalten Entscheidungen im Restrukturierungsverfahren zu treffen haben. Zudem wolle man zukünftig schnelle und kompetente Entscheidungen durch die zuständigen Organe erreichen. Hierbei fanden sowohl Laienrichtermodelle sowie die Schaffung einer Spezialekammer am jeweiligen Landgericht Zustimmung. Ein weiteres hoch interessantes Thema, mit dem sich der Vortrag von Dr. Christian Heintze LL.M. beschäftigte, war die Beschlagnahme und Verwertung von Kryptowährungen: ein Vermögenswert, dessen Pfändbarkeit auch die Rechtspfleger in den nächsten Jahren noch beschäftigen dürfte.

(mitgeteilt von Diplom-Rechtspfleger (FH) Lars Hosbach, AG Fulda, InsO-Kommission des BDR, Vorsitzender BG Fulda)

Zu 5. – Fortbildung des Fördervereins für Rechtsreform und Rechtspflegerfortbildung e.V. vom 24. bis 26. Juni 2019 in Bad Blankenburg

In der letzten Juni Woche fand bei Temperaturen bis 38° Celsius die Fortbildung des Fördervereins für Rechtsreform und Rechtspflegerfortbildung e.V. zum Thema Nachlassrecht mit 30 Rechtspflägern aus dem gesamten Bundesgebiet an der Landessportschule in Bad Blankenburg in Thüringen statt. Für den Hessischen Rechtspflegerverband haben die Kollegin Anika Höhn (AG Kassel) sowie die Kollegen Edgar Wallmeroth (AG Gießen), Dirk Friedrich (AG Schwalmstadt) und Torsten Blenk (AG Kirchhain) an der Veranstaltung teilgenommen. Hessen war nicht nur bei den Teilnehmern der Tagung stark vertreten, als Referenten konnte der Förderverein den Kollegen Diplom-Rechtspfleger (FH) Oliver Weber, Dozent an der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege, gewinnen, der das Programm der Tagung gleich mit zwei Fachvorträgen bereicherte. Weber referierte sehr praxisnah zu den Themen „Ausgewählte Aspekte zur Erbausschlagung, insbesondere bei internationalem Bezug“ und „Das Europäische Nachlasszeugnis und der Umgang mit den Formblätter“.



v.l.: Dirk Friedrich, Anika Höhn, Edgar Wallmeroth und Torsten Blenk

Neben der Fortbildung hatte der Förderverein aber auch ein interessantes Rahmenprogramm auf die Beine gestellt, das von sportlicher Betätigung beim Bogen- und Biathlonschießen bis zu einer Stadtführung durch Bad Blankenburg reichte. Bei letzterer konnten die Teilnehmer erfahren, dass Friedrich Fröbel 1840 in Bad Blankenburg den ersten Kindergarten der Welt nach seinem pädagogischen Konzept gründete...

(mitgeteilt von Diplom-Rechtspfleger (FH) Thorsten Blenk, AG Kirchhain, Vorsitzender BG Marburg)

Zu 6. – Reisebericht - Fachexkursion ins Reich der Mitte

59 Personen, überwiegend Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, hatten sich am 10. März 2019 auf eine Fachexkursion nach Peking begeben. 19 Teilnehmer aus Hessen, 20 aus Brandenburg, 10 aus

Sachsen-Anhalt sowie einzelne Teilnehmer aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern machten sich an einem stürmischen Sonntagabend ab Frankfurt/Main erwartungsvoll auf den Weg in das „Reich der Mitte“. Die Woche in Peking war prall gefüllt mit Besichtigungen. Zahlreiche



Sehenswürdigkeiten in und außerhalb von Peking wurden mit zwei deutschsprachigen Reiseleiterinnen Tag für Tag besucht, bevor es für einige am 17. März wieder heimwärts ging. Die größere Teilnehmerzahl reiste am Samstagabend mit dem Nachtzug weiter nach Luoyang im Süden von China und später weiter nach Xian, um weitere Sehenswürdigkeiten zu besichtigen. Diese Gruppe traf am 21. März wieder in Frankfurt/Main ein.

Aufgrund des heftigen Sturms in Hessen und den damit verbundenen verspäteten Start traf die Reisegruppe am Montagmittag mit Verspätung in der chinesischen Hauptstadt ein. Vor der Fahrt ins Hotel fand bereits die Besichtigung des Lama-Tempels mit seinen zahlreichen Buddha-Statuen statt.

Die „verbotene Stadt“, d. h. der Kaiserpalast, stand im Mittelpunkt des Dienstagprogrammes. Anschließend konnte die Gruppe im „China Peoples Court Museum“ sich über die Geschichte des Gerichtshofes und der Justiz informieren.

Am Mittwoch hieß es für alle früher aufstehen, da der Besuch der ca. 50 km von Peking entfernten chinesischen Mauer vorgesehen war. Dieses sehr alte Bauwerk erstreckt sich über etwa 6.300 km. Der Gang auf einem kleinen Teil der Mauer wurde mit einem grandiosen Ausblick belohnt. Abgerundet wurde der Tag mit einem Besuch der Ming-Gräber.

Am Donnerstag war wieder Peking angesagt, und zwar mit einem Besuch des Sommerpalastes, seines Parks und des fast 1 km langen holzüberdachten Wandelgangs. Anschließend konnte der Olympiapark und das als „Vogelnest“ bezeichnete Olympiastadion in Augenschein genommen werden. Abgeschlossen wurde der Tag mit einem Gang über eine große Einkaufsstraße und den davon abzweigenden Imbissgassen. Wer mutig war, konnte dort u. a. Skorpionspieße und Heuschrecken probieren.



Am Freitag war das Fachprogramm vorgesehen. Anstelle eines Gerichts, von dem eine kurzfristige Absage kam, wurde eine sehr große Anwaltskanzlei aufgesucht.

Hier erfuhren die Besucher etwas über das chinesische Zivil- und Strafrecht. Während sich das Zivilrecht das deutsche Recht zum Vorbild genommen hat, gründet sich das Strafrecht auf das sowjetische Recht. Dabei wurden die Besucher auch mit der Frage konfrontiert, aus welchen Gründen in Deutschland die Todesstrafe abgeschafft worden ist.

Die Besichtigungswoche in Peking endete am Samstag mit einem Besuch der Stadt- und Planungshalle sowie des Nationalmuseums am Platz des himmlischen Friedens.

Im viertägigen Anschlussprogramm im chinesischen Süden wurden u. a. das Kung-Fu-Kloster Shaolin sowie die Terrakotta-Armee besichtigt.

Rückblickend bleibt festzustellen, dass es eine sehr interessante Reise im Kreise von Kolleginnen und Kollegen gewesen ist, für deren Erfolg auch die beiden deutschsprachigen chinesischen Reiseleiterinnen und organisatorisch der Reisedienst aus Bad Honnef ihren Teil beigetragen haben.

(Reisebericht mitgeteilt von Dipl.-Rpfl. Lothar Dippel, Landesvorsitzender des BDR Hessen)

Zu 7. – 70 Jahre Rundbrief im BDR Hessen

Der „Rundbrief Nr. 1 des Landesverbands der hessischen Rechtspfleger“ datiert vom 18. Mai 1949 und ist unterschrieben vom damaligen 2. Vorsitzenden *Felix Pflumm*, (Justizamtmann Ffm.) und dem 2. Schriftführer *Georg Croll* (Regierungsrat Kronberg). Ins Auge fallen das Material und die Versendungsart. Getippt (mit div. Streichungen, handschriftlichen Ergänzungen) auf mechanischen Schreibmaschinen, vervielfältigt mit Blaupausen auf dünnem Papier. Adressat waren die kurz zuvor gebildeten Bezirksgruppen.

Sicherlich ist die Erstellung des Rundbriefs durch die Möglichkeiten moderner Bürotechnik heute leichter als damals. Auch wenn die derzeitige Erscheinungsform nicht den Erwartungen der jungen Kolleginnen und Kollegen entsprechen mag, (der BDR Hessen twittert nicht und man findet uns auch nicht bei Facebook), sind wir auf dieses Jubiläum doch ein wenig stolz. Für eine bessere digitale Präsentation der Arbeit des BDR Hessen ist der Vorstand natürlich offen und lädt Kolleginnen und Kollegen mit Know-how, die sich engagieren wollen, zur Mitarbeit ein. Ein Dankeschön möchten wir an dieser Stelle aber auch allen sagen, die den Rundbrief durch die Zusendung von Beiträgen bunter und interessanter machen.

Zu 8. – Aus den Bezirksgruppen

Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Darmstadt auf dem Frankenstein

In diesem Jahr hatte der Vorstand die Mitglieder der Bezirksgruppe Darmstadt am 21. März 2019 zur Mitgliederversammlung auf die Burg Frankenstein (Gemeinde Mühlthal/Odenwald) eingeladen. Genauer gesagt in das gleichnamige Restaurant, das schon seit Jahrzehnten traditionsreicher Versammlungsort der Darmstädter Bezirksgruppe ist. 35 Mitglieder folgten der Einladung und verbrachten einen gleichermaßen vergnüglichen wie informativen Nachmittag.

Höhepunkt der Veranstaltung in fachlicher Hinsicht war der Erfahrungsbericht, den Rechtspflegerin Katy Best vom Amtsgericht Groß-Gerau zum Datenbankgrundbuch gab. Kollegin Best ist die einzige hessische Rechtspflegerin, die als Testmitarbeiterin im Projekt zur Neuentwicklung eines bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuchs tätig ist. Der Zeitplan des Projekts ist aus dem Ruder gelaufen; eine für 2021 vorgesehene Pilotierung in Bayern und Niedersachsen ist in weite Ferne gerückt. Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war die Vorstandswahl, die mit einem Wechsel im Vorsitz des Vorstands einherging. Hiltrud Muskalla, die seit dem 14. Oktober 2015 Vorsitzende der Bezirksgruppe Darmstadt war, schied auf eigenen Wunsch aus dem Amt und übergab den Staffelstab an Martin Fenner vom Amtsgericht Darmstadt, der einstimmig als neuer Vorstandsvorsitzender von den Mitgliedern gewählt wurde. Im Übrigen blieb die Zusammensetzung des Vorstands unverändert.



Der Vorstand v. l.: Andreas Lang, Christin Thomasberger, Peter Hunkel, Martin Fenner, Marcel Kaiser und Andreas Reichelt. Nicht auf dem Foto Petra Geiger

Der stv. Vorsitzende Andreas Lang bedankte sich im Namen des Vorstands bei Hiltrud Muskalla für die engagierte jahrelange Arbeit in der Bezirksgruppe und betonte, dass Kollegin Muskalla ihre Arbeit zum Wohle des Verbands und seiner Mitglieder als stellvertretende Landesvorsitzende glücklicherweise noch fortführen werde. Der neue Vorsitzende Martin Fenner übernahm sogleich die Sitzungsleitung und bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Mit netten Gesprächen bei Kaffee und Kuchen ließen

die Kolleginnen und Kollegen den Nachmittag dann ausklingen.

(mitgeteilt von Dipl.-Rpfl. Andreas Lang, AG Darmstadt)

Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Marburg erstmals zentral am Marktplatz in Marburg

Der Vorsitzende Torsten Blenk konnte zur Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Marburg am 28. Mai 2019 neben den anwesenden Mitgliedern der Bezirksgruppe auch den stv. Landesvorsitzenden Andreas Lang begrüßen. Die Versammlung fand diesmal nicht in Ebsdorfergrund-Frauenberg sondern im Lokal „Market“ in zentraler Lage am Marktplatz in Marburg in der Oberstadt statt.

Nach der Begrüßung folgten die Berichte des Vorsitzenden, des Kassierers und der Kassenprüfer. Da es keine Einwendungen gab wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Die Kollegin Katja Grün wurde für die turnusgemäß ausscheidende Kollegin Astrid Brühl zum neuen Kassenprüfer neben dem Kollegen Dirk Friedrich gewählt.

Im Anschluss informierte der stv. Landesvorsitzende Andreas Lang die Kolleginnen und Kollegen der Bezirksgruppe Marburg über die aktuellen Themen aus dem Landesvorstand.

Zum Schluss gab der Vorsitzende Torsten Blenk noch die bevorstehenden Termine (Fortbildung des Fördervereins zum Thema Nachlassrecht vom 24.06.2019 bis 26.06.2019 in Bad Blankenburg; Fortbildung in Bad Boll vom 20. bis 22. November 2019 zum Thema: " Der Rechtspfleger – Krisenmanager der Bürger -", 35. Deutscher Rechtspflegertag 14.09. bis 18.09.2020 in Berlin und Rechtspflegertag im Frühjahr 2021 in Kassel) bekannt. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab schloss der Vorsitzende die Versammlung und wünschte allen Teilnehmern einen unfallfreien Heimweg.



Nach Ende der Versammlung erfolgte noch ein intensiver Austausch der Kollegen/innen der Bezirksgruppe und dem stv. Landesvorsitzenden über die aktuellen Rechtspfleger politischen Themen. (mitgeteilt von Diplom-Rechtspfleger (FH) Thorsten Blenk, Vorsitzender BG Marburg)

Dippel – Jonas – Lang – Muskalla
Ramrath – Reichelt – Wallrabenstein